

Antrag der FDP-Fraktion zu TOP 11 der Tagesordnung der Gemeinderatssitzung vom 22.7.2013

Jobticket am Klinikum der Universität

Der Beschlussantrag wird wie folgt ergänzt:

Das Jobticket-Modell wird nur dann umgesetzt, wenn im Rahmen eines Subskriptionsverfahrens bis vier Wochen vor dem Startzeitpunkt des Modells mindestens 2.500 Jobtickets erworben worden sind und entsprechende Abbuchungsermächtigungen vorliegen.

Dietmar Schöning und Fraktion der FDP

Begründung:

Gegen die Konstruktion des vorgeschlagenen Jobticket-Modells (nicht gegen ein Jobticket generell) bestehen bei der antragstellenden Fraktion ganz erhebliche Vorbehalte. Diese betreffen z.B.

- die Ungleichverteilung der wirtschaftlichen Risiken des Modells (wenn Land und Klinikum sind lediglich zu einer zeitlich befristeten Anschubfinanzierung verpflichtet – besteht dann nicht die Gefahr, dass die Stadt in den Folgejahren die wirtschaftlichen Risiken dieses Modells allein zu tragen hätte ?)
- die Privilegierung der Bediensteten des Universitätsklinikums gegenüber den Beschäftigten anderer Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen durch den Einsatz städtischer Mittel (wenn ein besonderes jobticket durch Einsatz von Mitteln des Arbeitgebers besonders attraktiv ausgestaltet wird, ist dies begrüßenswert; darf aber die Stadt dies, ohne für eine Gleichbehandlung aller Beschäftigten zu sorgen ?)
- die Unklarheit, ob dieses Modell überhaupt erfolgversprechend ist (Wenn ein Zuschuss von 105 € pro Jahr innerhalb des Stadtgebiets bzw. 210 € außerhalb des Stadtgebiets nicht zu einer höheren Nutzung des seither angebotenen Modells als 950 Tickets im Stadtverkehr und 400 Tickets im weiteren Naldo-Raum geführt hat – wer sagt dann, dass mehr Geld allein („viel hilft viel?“) die Akzeptanzprobleme löst ?)

Gleichwohl ist die FDP-Fraktion bereit, ihre Bedenken zurückzustellen, wenn zumindest sichergestellt wird, dass deutlich höhere Nutzerzahlen gewährleistet sind. Während ein (eher unverbindliches) Interessebekundungsverfahren hierzu nicht tauglich ist, kommt ein Subskriptionsverfahren in Frage, das (beispielhaft erläutert) erreicht, dass bis zum 30. November 2013 hinreichend viele Subskribenten (mit Abbuchungsermächtigungen) vorhanden sein müssen, um zum 1. Januar 2014 mit dem Modell starten zu können.